

Mao, Marx und Marktwirtschaft

Zu Stand und Perspektive des chinesischen Transformationsprozesses nach dem Führungswechsel in Partei und Staat

Sven Bernhard Gareis

Knapp ein Vierteljahrhundert nach der von Deng Xiaoping initiierten Öffnung Chinas zur übrigen Welt gilt es fast schon als ein Gemeinplatz, dass sich das Reich der Mitte in überschaubarer Zeit als Großmacht im Gefüge der internationalen Beziehungen etablieren wird. Getragen wird diese Prognose vor allem von den unabweisbaren wirtschaftlichen Erfolgen, die China auf seinem Weg durch den „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ vorweisen kann. Doch so widersprüchlich wie der ideologische Ansatz, die Lehren von Marx und Mao ebenso zu verwirklichen wie Marktwirtschaft, Privateigentum und freies Unternehmertum sind auch die Ergebnisse der tiefgreifenden Veränderungen im Land und in der Gesellschaft. Den glitzernden Fassaden von Shanghai und Shenzhen steht die Ödnis und Rückständigkeit weiter Regionen im Zentrum und vor allem im Westen des Landes gegenüber, dem Reichtum einer dünnen Schicht von Modernisierungsgewinnern die sich vergrößernde Armut in der Landbevölkerung sowie im wachsenden Heer der Arbeitslosen und Migranten. Der umfassende Transformationsprozess, dem sich der *latecomer* China bei seiner Aufholjagd um Modernisierung und Wohlstand zu unterwerfen hatte, befindet sich bereits seit geraumer Zeit in einer entscheidenden Phase: Wird es gelingen, den Umbau eines Gemeinwesens von 1.3 Milliarden Menschen kontrolliert voranzubringen und die Früchte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gleichmäßiger zu verteilen?¹ Oder werden die ungeheuren gegensätzlichen Kräfte, die dieser Prozess freisetzt, Gesellschaft und Staat zerreißen, mit unabweisbaren Folgen für das Land, die Region und die Welt?² Wie stellt sich die politische Führung Chinas diesen Herausforderungen und welche Rolle spielt das internationale System, in welches sich China immer stärker integriert? Der seit dem 16. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) im Gang befindliche Generationenwechsel in der Führung von Partei und Staat bildet den Ausgangspunkt für eine Analyse der Bedingungen dieses prekären Transformationsprozesses und den Versuch, seine möglichen Entwicklungsperspektiven abzuschätzen.

Personelle Erneuerung

Chinas politische Elite befindet sich in einem Prozess der Übertragung ihrer Spitzenpositionen in Partei und Staat von einer Führungsgeneration auf die nächste. Den Auftakt machte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh), die auf ihrem 16. Parteitag vom 8. bis 14. November 2002 eine grundlegende personelle Erneuerung in ihren Führungsgremien wie auch eine Adjustierung ihrer ideologischen Programmatik vollzog. Im März 2003 steht dann nach den Wahlen zum Nationalen Volkskongress (NVK), dem chinesischen Parlament, die Neubesetzung der staatlichen Spitzenämter an. Von entscheidender Bedeutung sind indes die parteipolitischen Weichenstellungen. Die Kommunistische Partei mit ihren mehr als 66 Millionen Mitgliedern ist nach der chinesischen Verfassung die einzige Regierungspartei und damit der zentrale Machtfaktor im Lande, welcher – aller fortschreitenden wirtschaftlichen Liberalisierung zum Trotz – sämtliche politischen, militärischen und gesellschaftlich-kulturellen Bereiche fest im Griff hat. Nach den Entscheidungen des Parteitages sind die Parlamentswahlen eher Formsache, Überraschungen ausgeschlossen und die wichtigsten Staatsämter bereits im Vorfeld vergeben worden.

Bereits der Führungswechsel selbst kann als ein Ergebnis der Bemühungen der Volksrepublik um politische Stabilität und Berechenbarkeit betrachtet werden. Immerhin ist dem Land erstmals in seiner Geschichte gelungen, eine Machtübergabe in geordneten Bahnen durchzuführen. Schlossen sich 1976 an den Tod des „Großen Steuerhelfers“ Mao Zedong zwei chaotische Jahre des Interregnums unter Hua Guofeng an, erfolgte der schrittweise Übergang der Macht von Deng Xiaoping an Jiang Zemin unter den Vorzeichen der Tragödie auf dem Tiananmen-Platz von 1989 und war erst mit dem Tod des Patriarchen im Februar 1997 abgeschlossen. Auch legte die Kommunistische Partei bei ihrem 16. Kongress großen Wert auf eine gewisse Transparenz in der Delegiertenwahl und ließ sogar erste demokratische Elemente in die Wahl des Zentralkomitees einfließen.³ Die entscheidenden Weichenstellungen allerdings wurden wiederum im innersten Kreis der Macht unter Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit ausgehandelt.

Nichtsdestoweniger war dies ein richtungsweisender Parteitag und die von ihm ausgehende Botschaft an China und die Welt sollte lauten, dass ein deutlich verjüngtes und ideologisch auf den Stand der Zeit gebrachtes Team das Land in eine moderne und prosperierende Zukunft führt. Tatsächlich stellen sich die Ergebnisse als äußerst beeindruckend dar – jedenfalls auf den ersten Blick: Unmittelbar nach seiner Wahl durch den Parteitag trat das 16. Zentralkomitee zu seiner ersten Plenarsitzung zusammen, um auch die weiteren Personalentscheidungen zu verfassen. Jiang Zemin zog sich aus seinem Amt als Generalsekretär der KPCh zurück und machte damit Platz für den fünfzehn Jahre jüngeren Hu Jintao, seinen langjährigen Stellvertreter, dem er im März 2003 auch das Amt des Staatspräsidenten übergeben wird. Das Personal im obersten Führungsgremium der Partei, dem Ständigen Ausschuss des Politbüros, wurde fast vollständig ausgewechselt. Neben Jiang selbst verließen fünf weitere der insgesamt sieben Mitglieder das Spitzengremium, unter ihnen Parlamentspräsident Li Peng und Ministerpräsident Zhu Rongji. Allein Hu Jintao ist im neuen, nunmehr auf neun Personen erweiterten Ständigen Ausschuss

wieder vertreten. Auch alle übrigen fünfzehn Politbüro-Mitglieder kamen neu in ihre Positionen, mit der Staatsrätin und ehemaligen Handelsministerin Wu Yi erstmals auch eine Frau. Einen tiefgreifenden Wechsel gab es auch im Zentralkomitee: Mehr als die Hälfte der vom Parteitag gewählten 354 Vollmitglieder und Kandidaten des ZK sind Neulinge in diesem Gremium, dessen Durchschnittsalter immerhin um rund vier auf 55 Jahre reduziert werden konnte. Mit Zhang Ruimin, dem Präsidenten eines weltweit operierenden Elektrogeräte-Konzerns, gehört sogar ein Kandidat des Zentralkomitees zur Gruppe der privatwirtschaftlichen Unternehmer, der sich die KPCh auf diesem Parteitag auch formell geöffnet hat.⁴

Doch nicht nur in ihrem Alter unterscheidet sich die neue Elite von ihren Vorgängern. Anders als die Weggefährten Maos und Dengs sind sie weder politische Visionäre noch revolutions- und bürgerkriegsgestahlte Kämpfer. Auch haben sie nicht wie die Mitstreiter Jiang Zemin und Li Peng ihre fachliche Ausbildung und ideologische Ausrichtung in den Ingenieursschulen der Sowjetunion durchlaufen. Verfügte die erste Führungsgeneration um Mao Zedong zumeist über keine systematische Ausbildung oder gar Erfahrungen in der Führung von Ministerien und Verwaltungen, erhöhte sich unter Deng Xiaoping und vor allem unter Jiang Zemin die Zahl praxiserfahrener Akademiker auf allen Führungsebenen. Auch alle neun Mitglieder des neuen Ständigen Ausschusses des Politbüros haben technische Studienrichtungen absolviert und das klassische Sozialisationsrepertoire in Betrieben, Massenorganisationen und Parteigremien auf den verschiedensten Ebenen hinter sich gebracht. Sie blicken alle auf eine erfolgreiche Funktionärskarriere zurück, die ihnen weniger eigene Initiative und Gestaltung als vielmehr Pflichterfüllung abverlangte. Große politische Entwürfe sind von diesem Führungsgremium nicht zu erwarten, vielmehr die Konzentration auf die Lösung der Probleme des internen Transformationsprozesses. Auch in den Ministerien des Staatsrates dominieren mehr und mehr professionelle Technokraten, von denen viele auf Universitätsstudien im westlichen Ausland verweisen können. Darüber hinaus ist es gängige Praxis, dass die *policy makers* auf allen Ebenen zunehmend auf Experten aus einer breiten Palette mehr oder weniger unabhängiger *think tanks* zurückgreifen.⁵ Neben der Tendenz zur Professionalisierung werden die Entscheidungsprozesse durch diese Einflüsse auch pluralistischer und dezentraler. Ohne dass die völlige Suprematie des *top leadership* in Partei und Staat bezüglich der strategischen Weichenstellungen in Frage gestellt würde, verringern sich durch diese Prozesse schrittweise die Spielräume für willkürliche Politik- und Positionswechsel, die das personalisierte Führungssystem Chinas so lange kennzeichneten, und gleicht sich das politische Management der Volksrepublik dem moderner Staaten immer stärker an.

Verhaltener Wechsel

Auf der anderen Seite zeigt jedoch ein genauerer Blick auf die personellen Weichenstellungen, dass trotz allem Neuanfang von einer wirklichen Machtübergabe an eine neue Führungsgeneration nur mit Einschränkungen gesprochen werden kann. Dies liegt vor allem an einigen charakteristischen Funktionsmerkmalen des politischen Systems in China. So bezeichnet der erst in jüngerer Zeit und vor allem von Jiang Zemin inflationär benutzte Generationenbegriff⁶ weniger eine politische Füh-

rungsmannschaft, als vielmehr eine herausragende Persönlichkeit (den Kern), um die sich in wechselnder Besetzung weitere Spitzenfunktionäre gruppieren.⁷ Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, dass diese überragende Führungspersönlichkeit auch tatsächlich über formale Ämter oder Positionen verfügt. Vielmehr ergibt sich diese Rolle aus der individuellen Fähigkeit, das komplexe System von Staat und Partei durch ein dichtes Geflecht häufig informeller und personalisierter Beziehungen und Abhängigkeiten zu steuern. So war Zhao Ziyang 1989 zum Zeitpunkt der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz immerhin KP-Generalsekretär, was sein Scheitern und seine Ablösung jedoch nicht verhinderte. Chinas starker Mann Deng Xiaoping verwies in seinen letzten Jahren gerne darauf, dass seine einzige offizielle Position die des Vorsitzenden der chinesischen Bridge-Vereinigung sei. Nichtsdestoweniger liefen in seiner Hand alle Fäden der Macht zusammen. Obwohl seit 1989 im Amt konnte sich auch Jiang Zemin erst nach Dengs Tod im Februar 1997 als der unbestrittene Kern der Dritten Führungsgeneration von Partei und Staat zu etablieren – unter virtuoser Nutzung recht brachialer Herrschaftstechniken, durch die er sein im Vergleich zu den alten Kämpfern Mao und Deng eher blasses persönliches Charisma mehr als auszugleichen verstand.

Blickt man aus dieser Perspektive auf die Personalentscheidungen des 16. Parteitag, so wird deutlich, dass Hu Jintao zwar das offizielle Spitzenamt des KP-Generalsekretärs innehat, die eigentliche Macht jedoch nach wie vor bei Jiang Zemin liegt. Hu Jintao, der als *golden boy* und ewiger Jüngster unter den Spitzenkadern der Partei noch von Deng Xiaoping in die Rolle des Kronprinzen gebracht wurde, findet sich im neuen Ständigen Ausschuss von mindestens fünf treu ergebenden Fahrensleuten aus der „Shanghai-Clique“ seines Vorgängers geradezu eingemauert. Der fortdauernde Machtanspruch Jiang Zemins findet seinen augenfälligsten Ausdruck jedoch in seinem Festhalten am Vorsitz der ebenfalls neu besetzten Zentralen Militärkommission (ZMK) der Partei. Der ZMK unterstehen direkt die chinesische Volksbefreiungsarmee, die omnipräsente Bewaffnete Volkspolizei und die Miliz. Der ZMK-Vorsitz sichert Jiang somit den Oberbefehl über alle bewaffneten Kräfte des Landes, in deren nach wie vor strikt konservativer Spitze er hohes Ansehen genießt. Immerhin verdanken der weit überwiegende Teil der obersten Generalität und so auch alle sechs neuen militärischen ZMK-Mitglieder ihre Ernennung Jiang Zemin. Auf der Ebene des nachwachsenden Führungspersonals der Volksbefreiungsarmee ist allerdings immer offener zu vernehmen, dass sich die Streitkräfte nicht länger dem allgemeinen Öffnungs- und Reformprozess verschließen können. Hu Jintao verbleibt hier in seiner bisherigen Position als Erster Stellvertretender Vorsitzender der ZMK mit der Option, im Laufe der nächsten ein bis zwei Jahre auch diese dritte Insignie der Macht übertragen zu bekommen.

Es steht also zu erwarten, dass Jiang seinem Vorbild und Mentor Deng Xiaoping nacheifern und für eine noch nicht absehbare Übergangszeit in seiner Shanghai-er „Altersresidenz“ ein zweites politisches Gravitationszentrum parallel zur offiziellen Zentrale in Beijing errichten wird. Dem rasch vollzogenen formalen Wechsel der Führungspositionen wird sich also ein wesentlich längerer und verhaltenerer Prozess der Übergabe der tatsächlichen politischen Macht im Lande anschließen. Allerdings dürften trotz immer wieder kolportierter Gegensätze zwischen Jiang und Hu die gemeinsamen Orientierungen an den Erfordernissen der Transformationsprobleme überwiegen.

Adjustierung der Parteiideologie

Jiang Zemin ist es jedoch nicht nur gelungen, seine Gewährsleute in der politischen Führungsspitze der Kommunistischen Partei zu platzieren. Mit der Verankerung seiner Theorie der „Drei Repräsentationen“ (*san ge dai biao*) in der Parteiverfassung hat er darüber hinaus der Nachwelt ein bindendes ideologisches Vermächtnis hinterlassen. Wenn ihm auch der namentliche Eintrag in die Parteistatuten versagt blieb, konnte er sich so dennoch in eine Reihe mit seinen großen Vorbildern Mao Zedong und Deng Xiaoping stellen. Nach diesem im Jahre 2000 erstmals skizzierten und trotz zwischenzeitiger Fortentwicklung noch immer einigermaßen kryptischen Gedankenwerk soll die Kommunistische Partei die „Entwicklungsbedürfnisse der fortschrittlichen Produktivitätskräfte Chinas, die Ausrichtung an der fortschrittlichen Kultur Chinas sowie die fundamentalen Interessen der breiten Bevölkerung“ vertreten. Diese schon Monate vor dem Parteitag auf roten Bannern auch in den entlegensten Flecken des Landes plakatierte Lehre steht für eine ideologischen Umkehr in einem zentralen Punkt: Durch die politische Gleichstellung von Unternehmern mit Arbeitern und Bauern werden Privatwirtschaft und Kapitalismus zu Entwicklungsvoraussetzungen des Kommunismus, der sich in China nach neuer Lesart in einer frühen Entwicklungsstufe befindet. Damit schreibt die KPCh ihre dialektische Volte des 15. Parteitages fort, in dessen Verlauf die Lehren des Marxismus-Leninismus sowie die Gedanken von Mao Zedong mit der pragmatisch-marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Deng-Xiaoping-Theorie in Übereinstimmung gebracht wurden. Vor dem Hintergrund eines dramatischen Verfalls des staatlich gelenkten Industriesektors, eines stetig steigenden Anteils privater Unternehmen am Bruttoinlandsprodukt und der zunehmenden Angewiesenheit des gesamten Sozialsystems auf produktive Arbeitsplätze musste eine Integration der Realität in das ideologische Programm als unumgänglich und angesichts der bereits verbreiteten Mitgliedschaft von Privatunternehmern in der KP auch als überfällig erscheinen. Bereits seit 1998 ist das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln in der chinesischen Verfassung verankert, seit dem Juli 2001 sind Privatunternehmer zudem offiziell als Parteimitglieder zugelassen. Ihre Zahl wird derzeit auf mehr als 100.000 geschätzt, vornehmlich alte Kader, die ihren Status nach der Ausgliederung ehemaliger Staatsunternehmen in die Privatwirtschaft beibehalten haben. Vor allem aber soll durch die so forcierte Entwicklung zur „Partei des ganzen Volkes“ (*quan min dang*) die Legitimationsbasis für den politischen Alleinvertretungsanspruch der KPCh verbreitert werden, um etwaigen Forderungen nach Partizipationsrechten zuvorzukommen. Andererseits jedoch vergrößern sich durch die Öffnung der Partei für Unternehmer und andere professionelle Eliten weitere Möglichkeiten und Spielräume für eine breiter gefächerte Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsapparat.⁸

Das Ziel: Bescheidener Wohlstand für alle

Die Auswahl des Personals in den Spitzenpositionen wie auch der verhaltene Übergang der Entscheidungs- und Machtbefugnisse lassen erwarten, dass die politische Elite bei aller personellen Erneuerung am bisherigen Kurs der Volksrepublik nichts

wesentliches ändern will.⁹ Für diese Haltung steht auch das zentrale programmatische Versprechen des 16. Parteitages für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung: Bis zum Jahr 2010 soll das Bruttoinlandsprodukt von rund 1.15 Billionen US-Dollar (2001) um 100 Prozent gesteigert und in einem weiteren Schritt bis 2020 noch einmal verdoppelt werden. Diese Steigerungen sollen in den Aufbau eines *xiaokang*, einer Gesellschaft von allgemeinem bescheidenem Wohlstand, einfließen. Die Überwindung der sozialen Disparitäten im Lande soll insbesondere durch die forcierte Entwicklung der bislang vernachlässigten Regionen im Landesinneren sowie im Westen erreicht werden. Als wichtigste Instrumente gelten die fortschreitende ökonomische Verflechtung mit dem Ausland zur Aufrechterhaltung und Steigerung des Kapitalzuflusses, radikale Entstaatlichung des wirtschaftlichen Handelns im Lande sowie dessen strikte Unterwerfung unter Wettbewerbsbedingungen. In dieser Kombination von Öffnung zur Welt, wirtschaftlicher Liberalisierung und harter autoritärer Führung durch die Kommunistische Partei sieht Chinas Führung die Rahmenbedingungen für die revolutionäre Erfolgsgeschichte der letzten beiden Jahrzehnte. Aber wird eine einfache Fortschreibung der bisherigen Rezepte auch den wachsenden Anforderungen der Zukunft gerecht?

Chinas wirtschaftliche Revolution

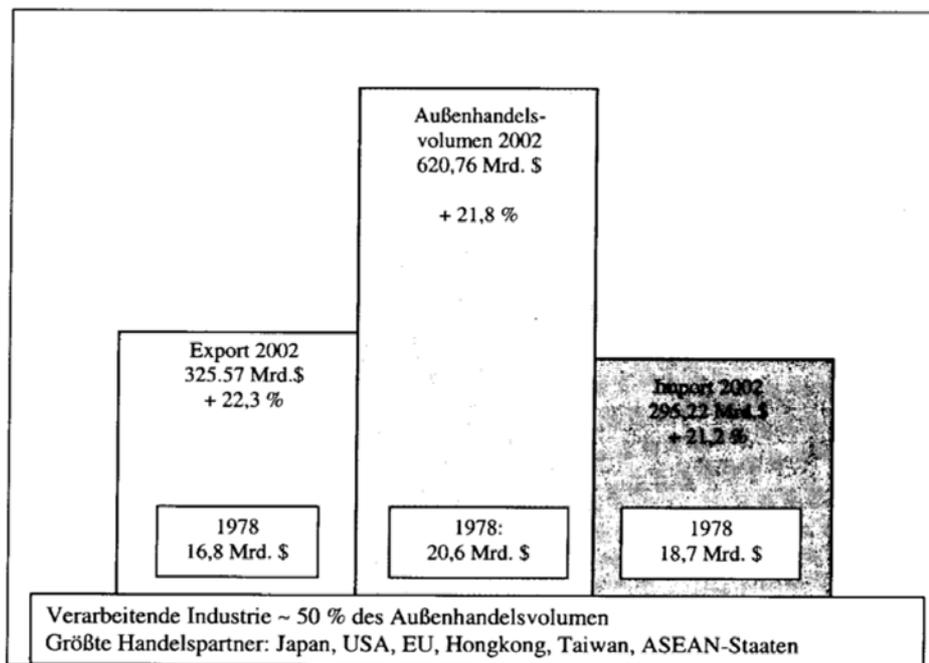
Tatsächlich kann die Volksrepublik China auf eine beeindruckende Bilanz ihrer jüngsten Entwicklung verweisen. Seit sich Deng Xiaoping 1978 im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei mit seiner Auffassung durchsetzen konnte, ein an den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten orientiertes System der Eigenverantwortung (*chengbaozhi*) einzuführen, explodierte die Zahl privatwirtschaftlich organisierter Märkte und Unternehmungen. Was mit der Reprivatisierung der Landwirtschaft und der Etablierung von Bauernmärkten begann, setzte sich zügig auch im Produktions- und Dienstleistungssektor fort. Das *chengbaozhi*-System führte binnen weniger Jahre auch in der staatlich kontrollierten Industrie zu einer Abkehr vom Plan und einer Hinwendung zum Markt, weil es den Unternehmensleitungen ermöglicht wurde, über Plan produzierte Güter verkaufen und den Gewinn im Unternehmen halten zu dürfen, statt ihn wie bislang abzuführen. Die Beschränkungen für die 1984 als Ergänzung zum Staatssektor zugelassenen „Individualunternehmen“ (*getihu*) wurden rasch fallengelassen. In großer Zahl schossen daraufhin privatwirtschaftlich organisierte Betriebe aus dem Boden, deren Größe jedoch nur selten die von Familienfirmen übertraf. Die so entstandenen Ein-Personen- oder Kleinstunternehmen dominierten lange den privaten Sektor und sind als Schuhputzer, Taxifahrer, Garköche oder Kleinhändler noch heute im Straßenbild jeder chinesischen Stadt präsent. Eine substanzielle Ausdehnung des Privatsektors auch auf die Industrie und eine Entwicklung hin zu einer tragenden Stütze der chinesischen Wirtschaft bahnte sich erst in den 1990er Jahren an, als die staatlich gelenkte Industrie in eine tiefe Krise stürzte und schrittweise der Auflösung anheim gestellt wurde.¹⁰ Bis 1997 war der größte Teil der profitablen Staatsunternehmen in Aktiengesellschaften umgewandelt worden, deren Anteile zum Zwecke der Kapitalschöpfung an den Börsen von Shanghai und Hongkong gehandelt wurden, an denen aber der Staat die zur Kontrolle erforderliche Masse der Aktien hielt. Die Gewinne die-

ser Unternehmen konnten somit die Verluste, welche die verbleibenden rund 300.000 zumeist kleineren Staatsbetriebe einführen, in der Gesamtbilanz nicht mehr ausgleichen. Nachdem der unerschöpfliche Subventionsbedarf der Staatsbetriebe das Staatsbudget zunehmend erstickte, wurden die zur Vermeidung von Massenentlassungen Bereitstellungen immenser Summen von Geld den vier großen Staatsbanken übertragen. Diese jedoch gerieten durch ein Übermaß an platzenden Krediten an den Rand des Kollaps. Auf dem 15. Parteitag im September 1997 kam das Aus für die Staatsbetriebe. Bis auf rund 1000 Betriebe in strategischen Bereichen (etwa Bergbau, Automobilindustrie, Elektrizitätswerke) wird der Staatssektor seither in Genossenschaften überführt, in Privatunternehmen umgewandelt, an Investoren verkauft oder einfach stillgelegt. Mit der Verankerung der „Deng-Xiaoping-Theorie“ in der Parteiverfassung auf dem 15. Parteitag im September 1997 wurde die fortschreitende Privatisierung der Wirtschaft zum Programm der KPCh, ein Jahr später das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln in die Staatsverfassung aufgenommen. Der Anteil des Staatssektors am Bruttoinlandsprodukt geht seither immer weiter zurück, während sich der des Privatsektors der 50-Prozent-Grenze nähert. Neue Arbeitsplätze entstehen praktisch nur noch im Bereich der privaten Wirtschaft bzw. der *joint ventures* mit ausländischen Unternehmen.

Den internen Reformen (*gaige*) auf dem Weg zum „Sozialismus chinesischer Prägung“, die vor allem in den „Vier Modernisierungen“ (*sixiandaihua*, neben der Wirtschaft auch Wissenschaft/Technologie, Landwirtschaft sowie Militär/Verteidigung) propagiert wurden, schloss sich unmittelbar auch eine Öffnung (*kaifang*) nach außen an. War Außenhandel für Mao im wesentlichen ein notwendiges Übel gewesen, wirkte die zunehmende Einbindung ins internationale Wirtschaftssystem als zusätzlicher Impulsgeber und der schnell einsetzende Zufluss von Fremdkapital als Lebenselixier für den ökonomischen Aufbau des Landes. Mehr als zwanzig Jahre später ist die Einbindung Chinas in das internationale System weit vorangeschritten und wird der entwickelter Industriestaaten immer ähnlicher, wie insbesondere die im Dezember 2001 erfolgte Aufnahme in die Welthandelsorganisation (WTO) zeigt. Diese „Wirtschafts-UNO“ war die letzte bedeutende internationale Organisation, der China noch nicht angehörte und um deren Akzeptanz das Land seit 1986 gekämpft hatte.¹¹ Doch auch in anderen Feldern nähert sich China den internationalen Standards weiter an: 1999 unterhielt das Land diplomatische Beziehungen zu 161 Staaten, verglichen mit 113 im Jahre 1978. In den 1970er Jahren gehörte China 21 zwischenstaatlichen Organisationen an, zum Ende der 1990er Jahre waren es mehr als fünfzig. Neben dem verstärkten Engagement in internationalen Organisationen (Vereinte Nationen) bzw. Foren (ASEAN Regionalforum, ASEAN plus 1, ASEAN plus 3, APEC etc.) ist die Volksrepublik in vielfältigster Weise ins globale Wirtschaftssystem integriert. Chinesische Produkte sind in zahlreichen Sparten und Märkten präsent. Der chinesische Außenhandel erreichte Jahr 2002 nach ungebremsten Steigerungen ein Gesamtvolumen von 620 Mrd. US-Dollar, wie bereits seit Jahren mit einem erheblichen Bilanzüberschuss zugunsten der Volksrepublik (siehe Übersicht 1). Über fünfzig Prozent trägt hierzu die verarbeitende Industrie bei, die etwa im Textil- und Bekleidungssektor binnen weniger Jahre einen Weltmarktanteil von rund fünfzig Prozent haben dürfte.¹² Auch im Bereich Hightech und Elektronik verzeichnet der chinesische Export dynamische Zuwachsraten. Nach Jahren auf dem zweiten Platz löste die Volksrepublik im Jahr 2002 mit fast 50 Mrd.

US-Dollar an realisiertem *Foreign Direct Investment* (FDI) erstmals die USA als Spitzenreiter bei der Anwerbung fremden Kapitals ab¹³, eine Position, die jedoch vornehmlich auf einen rezessionsbedingten Einbruch des FDI in den USA zurückzuführen war und damit nicht auf Dauer angelegt sein dürfte. Angesichts niedriger Löhne bei hoher Leistungsbereitschaft und einem sich rasch verbessernden Ausbildungsstand, vor allem aber eines schier unbegrenzt aufnahmefähigen Marktes hält aber die Ansiedlung ausländischer Betriebe bzw. die Beteiligung an inländischen Unternehmen ungebrochen an. Der WTO-Beitritt wird diesen Trend weiter beschleunigen, weil bislang bestehende Diskriminierungen wie Quotierungen oder Niederlassungsbeschränkungen unter den Vorzeichen des *national treatment* (also der rechtlichen Gleichbehandlung mit inländischen Firmen) wegfallen müssen. Hiervon werden nicht zuletzt der Finanzdienstleistungs- und der Versicherungsbereich profitieren. Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) rechnet denn auch bis Ende 2006 mit einer Verdopplung der ausländischen Direktinvestitionen auf dann rund 100 Milliarden US-Dollar.¹⁴ Umgekehrt kann aber auch Chinas Volkswirtschaft und hier insbesondere der private Sektor von der durch den WTO-Beitritt beflügelten internationalen Verflechtung weiteren Honig saugen, weil sich die Märkte der übrigen WTO-Mitglieder für die Produktbereiche (insbesondere Textilserzeugnisse und Elektronik) weiter öffnen müssen, in denen China dominiert.

Übersicht 1: Außenhandel 2002



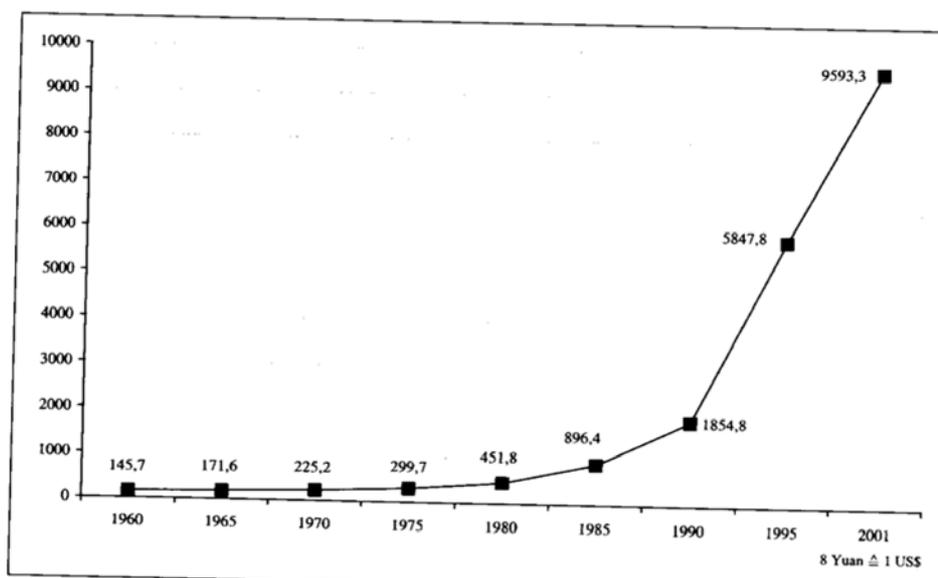
Quelle: China Internet Information Centre www.china.com.cn

Übersicht 2: Chinas Human Development Index

1950:	.159
1975:	.523
1980:	.554
1985:	.591
1990:	.625
1995:	.689
2000:	.726

Quelle: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen www.undp.org

Übersicht 3: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in China 1960-2001
(in Mrd. Yuan)



Quelle: China Internet Information Centre www.china.org.cn

Übersicht 4: Ausstattung chinesischer Haushalte mit langlebigen Konsumgütern
(pro 100 Haushalte Jahresende 2000)

	Stadtbevölkerung	Landbevölkerung
Fahrrad	169,72	120,48
Nähmaschine	51,46	67,06 (1999)
Kühlschrank	80,13	12,31
Waschmaschine	90,52	28,58
Schwarz-weiß-Fernseher		52,97
Farbfernseher	116,56	48,74
VCD-Gerät	37,53	
Anbaumöbel	57,82	
Polsterbett	52,22	
Motorrad		21,94

Quelle: China Internet Information Centre www.china.org.cn

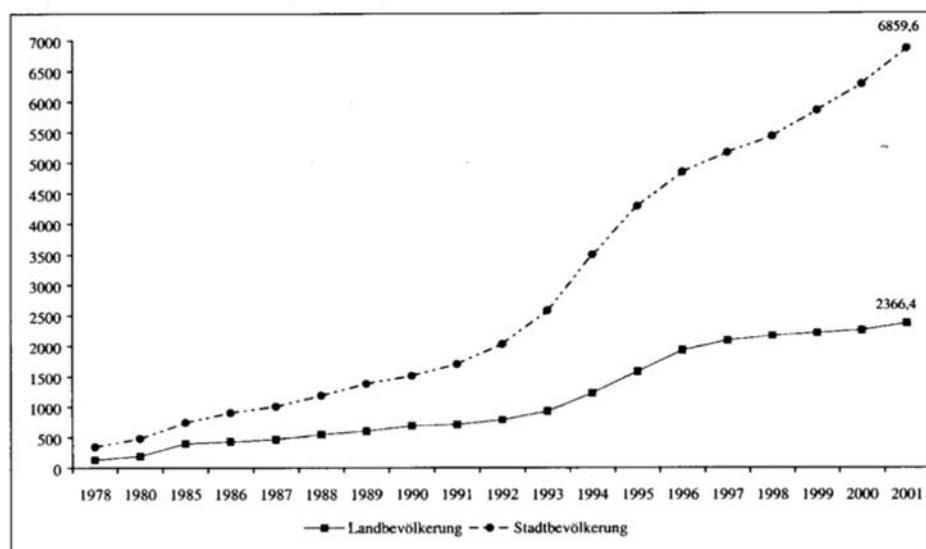
Reform und Öffnung schlugen sich rasch in bemerkenswerten Wachstumswerten nieder. Drückte sich Chinas Platz am unteren Rand der Gruppe der Entwicklungsländer im Jahr 1950 noch in einem Wert von .159 auf dem *Human Development Index* (HDI) der Vereinten Nationen aus, erreichte die Volksrepublik im Jahr 2001 mit einem Wert von .762 das Mittelfeld der globalen Entwicklung (siehe Übersicht 2). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), welches sich während der ersten dreißig Jahre seit Gründung der Volksrepublik kaum verdreifacht hatte, stieg seit 1980 mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von über neun Prozent an (siehe Übersicht 3) und erreichte 2001 rund 1.15 Billionen US-Dollar. Auch der Pro-Kopf-Anteil am BIP (2001 rund 900 US-Dollar) sowie das verfügbare Einkommen (2001 durchschnittlich über 800 US-Dollar/Jahr in der Stadtbevölkerung) entwickelten sich nach 1980 steil nach oben. Die Volkswirtschaft Chinas liegt damit an siebter Stelle in der Welt, vor Brasilien und hinter Italien, im direkten Vergleich mit den USA erreicht China seit fast zwanzig Jahren etwa 11 Prozent des amerikanischen BIP. Blickt man indes statt auf den gültigen Umtauschkurs auf die Kaufkraftparität, also die Güter, die in China für einen Dollar erworben werden können, kommt Chinas BIP auf mehr als fünfzig Prozent im Vergleich zu den USA und damit auf den zweiten Platz weltweit. Damit erklärt sich – zumindest in den Städten – eine gemessen an den Realeinkommen vergleichsweise gute Ausstattung der chinesischen Haushalte mit langlebigen Konsumgütern (siehe Übersicht 4). Allerdings verliert diese in China beliebte Berechnungsart viel von ihrem Reiz, wenn man bedenkt, dass importierte Güter weiterhin in Devisen und damit zu den weltmarktüblichen Preisen bezahlt werden müssen.¹⁵

Herausforderungen

Allen unbestreitbaren Erfolgen des chinesischen Wirtschaftswunders zum Trotz ist das Land aber nach wie vor durch gravierende Unterschiede bezüglich der Teilhabe an den Segnungen dieses Aufholprozesses gekennzeichnet. Ein genauerer Blick auf die gesellschaftliche Verfassung Chinas zeigt ein in vielfältiger Weise zerrissenes Land. So verdeutlicht bereits die Konsumgüterausstattung, mehr jedoch noch die Einkommensentwicklung die tiefgehenden Differenzen in den Lebensbedingungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung (siehe Übersicht 5). Trotz zunehmender Urbanisierung gehören (Stand 2000) rund 64 Prozent der Chinesen zur Landbevölkerung, die zudem rund fünfzig Prozent des in Arbeit befindlichen Bevölkerungsanteils umfasst. Dennoch trägt der Agrarsektor nur zu etwa 15 Prozent zum chinesischen BIP bei.¹⁶ Zudem gelten für die Landbevölkerung andere Gesetze und Regeln, soziale Organisationsformen, politische und verwaltungstechnische Bestimmungen und Verfahren sowie Schul- und Ausbildungsformen als für die Bewohner der Städte. Das eigentlich auf die Wiedervereinigung mit Taiwan gemünzte Schlagwort „Ein Land-Zwei Systeme“ beschreibt so gesehen auch die Situation innerhalb der Volksrepublik recht treffend. Der Agrarsektor ist überwiegend kleinteilig strukturiert und verfügt über eine nur geringe Kapitalausstattung. Menschen- und Tierkraft prägen auch im 21. Jahrhundert die Realität weiter Teile der Landwirtschaft, deren Ertrag entsprechend gering und – gemessen am personellen Aufwand – auch zu teuer ist. Der Agrarsektor, seit Jahren unter Druck und von der Wohlstandsents-

wicklung der Stadtbevölkerung weitgehend abgekoppelt, sieht sich nach dem WTO-Beitritt Chinas einem zunehmenden Konkurrenzdruck durch billige Erzeugnisse aus den Agrarfabriken insbesondere der USA ausgesetzt. Die Lage auf dem Lande dürfte sich damit weiter zuspitzen und der bestehende Migrationsdruck auf die Städte weiter zunehmen.

Übersicht 5: Pro-Kopf-Jahreseinkommen der städtischen und der ländlichen Haushalte (in Yuan)



Neben der Unterscheidung zwischen Land- und Stadtbevölkerung sind die regionalen Disparitäten in der Wohlstandsverteilung unübersehbar. Deng Xiaoping hatte zu Beginn des Reform- und Öffnungsprozesses das Streben nach Reichtum als ehrbares Ziel bezeichnet, zugleich aber entschieden, dass einige wenige Städte und Regionen zuerst reich werden dürfen. In den fünf Sonderwirtschaftszonen in Hainan, Shantou, Shenzhen, Xiamen und Zhuhai sowie im wiederbelebten Shanghai sollte der erfolgreiche Aufholprozess Chinas exemplarisch demonstriert werden. In der traditionell eher offenen und weltzugewandten Südostregion des Landes angesiedelt und mit gewaltigen Subventionen ausgestattet, entwickelten sich nicht nur diese Zentren, sondern der gesamte östliche Küstenbereich, während Zentralchina und die westlichen Autonomiegebiete Tibet und Xinjiang weiter vernachlässigt wurden. So ist die soziale und wirtschaftliche Realität Chinas zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch eine Vierteilung gekennzeichnet: Die kleine Schicht der Reichen (2 Prozent) konzentriert sich in den Städten Beijing, Shanghai und Shenzhen. Die obere Mittelklasse (22 Prozent) findet sich vornehmlich in Provinzen wie Guangdong, Zhejiang und Fujian, die untere Mittelklasse (25 Prozent) in den Transformationsregionen im Nordosten (Heilongjiang, Jilin, Liaoning). Die 51 Prozent des armen Bevölkerungsanteils leben in Provinzen und Regionen wie Qinghai, Guizhou, Tibet oder Xinjiang.¹⁷ Vom rasant steigenden Volumen der ausländischen

Direktinvestitionen profitieren in besonderer Weise die ohnehin schon fortgeschrittenen Ostprovinzen, die hinsichtlich ihrer Infrastruktur vor allem aber aufgrund der dort gebotenen Lebensbedingungen für Unternehmensansiedlungen sehr attraktiv sind. Die von der Volksrepublik seit einigen Jahren im Rahmen der *kaifaxibei* („go west“)- Kampagne vorangetriebene Entwicklung der zentral- und westchinesischen Regionen hat jedoch zu keiner nennenswerten Steigerung des ausländischen Engagements in den betroffenen Gebieten geführt.

Die hier aufgezeigten sektoralen und regionalen Disparitäten bewirkten rasch eine dramatische Arbeitsmigration, die durch den Niedergang der Staatsbetriebe weiter verschärft wird. Immerhin absorbierten die Staatsbetriebe mehr als zwei Drittel der rund 190 Millionen Beschäftigten in den Städten und Industriezentren, ohne vielen von ihnen tatsächlich eine wertschöpfende Beschäftigung geben zu können. Mit der Schließung bzw. der marktwirtschaftlichen Neuausrichtung der privatisierten Staatsunternehmen wurde ein Großteil dieser Beschäftigten entlassen und reihte sich in das wachsende Heer der Arbeitslosen bzw. Arbeitsmigranten ein. Die Schätzungen über das Ausmaß der innerstaatlichen Wanderbewegungen gehen weit auseinander, zwischen 80 und 120 Millionen Menschen dürften aber als Tagelöhner außerhalb ihrer Herkunftsregionen versuchen, ihr eigenes Überleben und das ihrer Familien zu sichern. Die Erscheinungsformen dieser Arbeitsmigration sind sehr unterschiedlich, sie reichen von Bauern aus Sichuan oder Yunnan, die sich zwischen Saat und Ernte als Bauarbeiter in Shanghai oder Beijing verdingen, über junge Frauen, die in den *sweatshops* der Textil- und Spielzeugfabriken das Familieneinkommen aufbessern, bis hin zu vollständig entwurzelten Existenzen.¹⁸ Gemeinsam ist ihnen die Richtung ihrer Wanderung von Westen nach Osten. In den Zielstädten und -gebieten aber auch in den Transformationsregionen, in denen Betriebe geschlossen werden, kommt es immer häufiger zu heftigen Demonstrationen und Unruhen, über die – wenn auch vorsichtig – sogar die staatlich gelenkte Presse berichtet. Diese Ausschreitungen, an denen sich spontan oder organisiert mitunter Zehntausende unzufriedener Arbeiter beteiligen, gehören zwischenzeitig fast zum politischen Alltag in China.¹⁹

Die wirtschaftliche Liberalisierung in Verbindung mit dem fortdauernden Macht- und Entscheidungsmonopol der Kommunistischen Partei bereitete den fruchtbaren Boden für eine allorten blühende Korruption, die China fest im Griff hat, erhebliche Teile des Bruttoinlandsproduktes verschlingt²⁰ und so ein auf Dauer erhebliches Entwicklungshindernis darstellt. Informelle und personalisierte Beziehungsgeflechte (*guanxi*) kennzeichnen seit jeher die chinesische Gesellschaft. Sie haben stets auch dazu beigetragen den Regelungseifer der legendären chinesischen Bürokratie zu unterlaufen und auf diese Weise individuellen Initiativen immer wieder zur Verwirklichung verholfen. Auch in Chinas Transformationsprozess kamen privatwirtschaftlichen Projekten die vielfältigen *guanxi* zugute. Doch hat die Verflechtung von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmern ein Ausmaß erreicht, das insbesondere in den unteren Parteigliederungen als mafiös bezeichnet werden muss: Korrupte Kader schöpfen Unternehmensgewinne ab und brechen aufkeimenden Widerstand durch den Rückgriff auf staatliche Gewalt in Polizei und Administration.²¹ Abgedunkelte staatseigene Luxuskarossen, in denen sich Familienangehörige von Parteikadern chauffieren lassen, prägen durchaus das Straßenbild in Chinas Städten. Umgekehrt ziehen aber auch viele Unternehmer Profit aus am marktwirtschaftlichen Bedarf vorbei lancierten Aufträgen, die dann als Investitions-

ruinen in allen Städten und Entwicklungsregionen anzutreffen sind.²² Die Führung der Kommunistischen Partei hat nicht nur den durch Korruption verursachten volkswirtschaftlichen Schaden erkannt, sondern realisiert zunehmend auch das Bröckeln der Legitimationsbasis des eigenen Machtanspruchs durch wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Bereicherungswut der Funktionäre. Namentlich die Zentrale Disziplinungskommission versucht in zahllosen Untersuchungen und Verfahren der Lage Herr zu werden. Doch auch Kampagnen wie „Hart Zuschlagen“ (*yanda*), in deren Verlauf selbst hochrangige Parteifunktionäre in öffentlichen Schauprozessen zum Tode verurteilt und hingerichtet werden,²³ können die Ausbreitung der Korruption nicht eindämmen. Das System der zentralen Kontrolle von oben ist angesichts der zahllosen Verästelungen, mit denen Partei und Administration das Staatswesen Chinas durchziehen, zu einer wirksamen Bekämpfung von Korruption überhaupt nicht in der Lage. Solange aber die Gefahr, erlappt und zur Rechenschaft gezogen zu werden, in keinem Verhältnis zu den möglichen Profiten steht, wird die allgegenwärtige Korruption weiter wachsen. Allerdings muss angesichts der vielfältigen Cliquen und Netzwerke, in die auch die oberste Führung eingebunden ist, die Frage gestellt werden, inwieweit neben der schieren Unfähigkeit einer wirksamen Bekämpfung von Korruption nicht auch Unwilligkeit eine Rolle spielt. Immerhin ist mit Jia Qinglin ein Protegé von Jiang Zemin Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros geworden, der über seine Ehefrau in einen der größten Korruptions- und Schmuggelskandale des Landes verstrickt war.

Perspektiven

Um ihr Ziel einer Vervierfachung des Bruttoinlandsproduktes innerhalb von zwanzig Jahren erreichen zu können, muss die Volksrepublik ein durchschnittliches jährliches Wachstum zwischen sieben und acht Prozent gewährleisten. Sie bleibt daher sowohl auf die dauerhafte Ansiedlung erheblicher Mengen ausländischen Kapitals ebenso angewiesen wie auch eine Steigerung des privaten Wirtschaftssektors im Lande. In dieser Perspektive kann und wird die politische Führung des Landes keine Änderungen am bisherigen Kurs vornehmen. Sie wird im Gegenteil ihre Politik der Verflechtung mit der übrigen Welt fortsetzen und die Gestaltung ihrer Außenpolitik eher noch stärker den innenpolitischen Imperativen unterordnen.²⁴ Doch wird die zweite zentrale Voraussetzung einer erfolgreichen Schaffung von *xiaokang*, nämlich eine einigermaßen gerechte Teilhabe der gesamten Gesellschaft an diesem Wohlstand, mehr erfordern als reines Wirtschaftswachstum und die staatliche Steuerung der Lebenschancen in den unterschiedlichen Regionen. Die „Fünfte Modernisierung“ (*diwugexiandaihua*) des politischen Systems der Volksrepublik China steht weiter aus und weder das neue Personaltableau der politischen Führung noch der Verlauf der Machtübergabe weisen auf eine Bereitschaft der Kommunistischen Partei hin, ihr umfassendes Machtmonopol in stärker partizipatorische Bahnen zu lenken.²⁵ Vielmehr läßt die Beförderung von Luo Gan in den Ständigen Ausschuss des Politbüros erwarten, dass der Zugriff auf jegliche Form von (auch nur vermuteter) Konkurrenz härter wird. Luo Gan war in der Vergangenheit für das Disziplinar- und Rechtswesen zuständig und bleibt es auch in Zukunft. Er gehört der Hardliner-Fraktion um den scheidenden NVK-Präsidenten Li Peng

an, mit dem zusammen er eng an der Niederschlagung des Tiananmen-Aufstandes beteiligt war. Ob Falungong, „East Turkestan Movement“, Demokratieaktivisten oder „Separatisten“ betroffen sind, die Lage der Menschenrechte in China wird sich in der absehbaren Zeit kaum verbessern,²⁶ zumal unter den Vorzeichen der Terrorbekämpfung nach dem 11. September 2001 auch der westliche Menschenrechtsdialog mit China deutlich nachsichtiger ausfällt

Dabei wird China um substanzielle Fortschritte bei der Gewährung von politischen und bürgerlichen Rechten schon auf die mittlere Sicht nicht umhinkommen. Der Transformationsprozess hat zu einer verstärkt voranschreitenden Differenzierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in China geführt. Zentrale Steuerung wird damit zunehmend unmöglich. In den Grauzonen zwischen staatlichem Regulierungsanspruch und freiem unternehmerischem Handeln hat sich die Korruption festsetzen und ausbreiten können. Allein die Bekämpfung dieser schweren Bedrohung des gesamten chinesischen Gemeinwesens erfordert zunehmende Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Einwohnern in den Städten und Landkreisen statt allein den Vorgesetzten in der Parteihierarchie. Doch auch die Allokationsentscheidungen über investive Mittel für den regionalen Aufbau können nicht auf Dauer den Netzwerken von *guanxi* überlassen bleiben, wenn eine flächendeckende Entwicklung nach rationalen Gesichtspunkten erreicht werden soll. Schließlich kommt hinzu, dass auch die Art und Dynamik von Entwicklung sinnvoller Weise der Mitwirkung der Bevölkerungen unterliegen wird müssen. Wenn etwa in Xinjiang die uighurische Minderheit die aufgesetzten Hilfen der Zentrale als den Versuch von Sinisierung oder als Han-Chauvinismus wahrnimmt, werden bestehende Probleme mit Unruhen und Separatismus nicht ent- sondern gegebenenfalls weiter verschärft.

Ohne Zweifel wird China noch geraume Zeit eine „asiatische Entwicklungsdiktatur“ (Konrad Seitz) bleiben. Andererseits jedoch hat die zunehmende Interdependenz Chinas mit marktwirtschaftlichen Demokratien zu einer Reihe wohl unumkehrbarer Prozesse im Lande geführt. Trotz mannigfacher – und aus Sicht der chinesischen Führung auch erfolgreicher – Maßnahmen zur Unterbindung der Informationsfreiheit über das Internet, gesteuerte Presse und eine gleichgeschaltete öffentliche Meinung, ist Chinas Bevölkerung informierter, aufgeklärter und auch selbstbewusster als je zuvor in der Geschichte des Landes. War akademische Bildung noch vor wenigen Jahren für nur für eine kleine Elite nach härtesten „Mandarinprüfungen“ zugänglich, explodiert der Bildungssektor förmlich und wird zudem ebenfalls immer stärker privatisiert. Hunderttausende von Chinesen studieren im westlichen Ausland, westliche, vor allem amerikanische Alltagskultur ist in weitesten Teilen Chinas allgegenwärtig. Auch wenn China über eine reichhaltige Erfahrung mit der Integration und Adaptation fremder Einflüsse in die eigene Kultur verfügt: China wird sich in ein bis zwei Generationen kaum von anderen modernen Gesellschaften unterscheiden. Was die wirtschaftliche Verflechtung etwa im Bereich der Anpassung des Zivilrechtes bewirkt hat, wird sich auf die längere Sicht auch im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte vollziehen. Es wird jedoch darauf ankommen, dass die politische Elite die Zeiten für entsprechende Reformen nicht versäumt. Diesen angesichts tiefsitzender Ängste vor Chaos (*luan*) und Zerfall möglicherweise schwierigsten Teil des chinesischen Transformationsprozesses mit konstruktiver Kritik zu begleiten, wäre eine wirkliche Aufgabe für die demokratischen Staaten. Ein prosperierendes China liegt im globalen Interesse, sein Kollaps wäre eine globale Katastrophe.

Anmerkungen

- 1 Dieses optimistische Szenario vertritt eine große Zahl prominenter Autoren aus zahlreichen Ländern in Laurence J. Brahm (Hrsg.): Chinas Jahrhundert. Die Zukunft der nächsten ökonomischen Supermacht hat bereits begonnen. Weinheim 2001.
- 2 Dieses eher düstere Bild malt Gordon Chang in seinem Buch „The Coming Collapse of China. New York 2001.
- 3 Vgl. die umfassende Berichterstattung im Internetportal www.china.org.cn/ 16. National Party Congress; siehe auch Heike Holbig, Der XVI Parteitag der KPCh Teil I: Die neue Führungsgeneration. In: China aktuell November 2002, S. 1263-1275.
- 4 zu Details der neubesetzten Gremien siehe: www.china.org.cn
- 5 siehe Sebastian Heilmann: Wenig Anlass zu Euphorie. Politische Folgen des Wirtschaftswandels in China. In: Internationale Politik (2) 2002, S. 25-30.
- 6 Der Begriff der „Führungsgeneration“ geht nach gängigem Verständnis auf Deng Xiaoping zurück, der anlässlich des Parteirevirements im Zuge der Tiananmen-Geschehnisse von 1989 gesagt haben soll, dass Mao Zedong der Kern der ersten, er selbst (Deng) Kern der zweiten und schließlich Jiang Zemin der Kern der dritten Führungsgeneration sei.
- 7 Zum politischen Führungssystem in China siehe Ning Lu, The Central Leadership, in: David M. Lampton (Hrsg.) The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform. Stanford 2001, S. 39-60.
- 8 Vgl. Heike Holbig, Fn. 3, S. 1274.
- 9 Vgl. Sven Bernhard Gareis, Personelle Erneuerung – Politische Kontinuität. In: Internationale Politik, (12) 2002, S. 51-56.
- 10 Siehe hierzu Konrad Seitz, China. Eine Weltmacht kehrt zurück. Berlin 2001, vor allem Kapitel 34.
- 11 Siehe Michael J. Furst: Chinas WTO-Zugang – Das große Bild. In: Laurence J. Brahm, Fn.1, S. 173..
- 12 Vgl. Margot Schüller, China nach dem WTO-Beitritt. In: China aktuell Februar 2002, S. 140-150, Tab. 8.
- 13 Siehe *Far Eastern Economic Review*, 3. Oktober 2002, S. 32;
- 14 Siehe Franco Algieri/Markus Taube: Chinas Beitritt zur WTO. Herausforderungen für China und die Weltwirtschaft. In: Internationale Politik (2) 2002, S.36.
- 15 Vgl. Schüller, Fn. 12, S. 145.
- 16 Siehe PRC Social and Economic Data 1999 and 2000. In: China aktuell November 2002, S. 1342/44;
- 17 Die hier verwendeten Dimensionen und Größenordnungen beruhen auf Berechnungen, die Hu Angang, Volkswirtschaftsprofessor an der Qinghua Universität in Beijing, im Gespräch mit dem Autor vorstellte.
- 18 Eine differenzierte Darstellung der Migrationbewegungen, ihrer Ursachen und Erscheinungsformen findet sich bei Karsten Giese, Mobilität und Migration in China. In: China Aktuell April 2002 (Teil 1), Mai 2002 (Teil 2) und Juli 2002 (Teil 3)
- 19 Siehe hierzu China aktuell April 2002, Nr. 13;
- 20 Hu Angang, Fn 17, schätzt die durch Korruption entstehenden Kosten zulasten des chinesischen BIP auf 16-18 Prozent.
- 21 Siehe Sebastian Heilmann, Fn 5, S. 29
- 22 Vgl. hierzu auch Eric Le Boucher, Le marché sans la démocratie, le modèle chinois. In: Le Monde 17./18. 11. 2002;
- 23 So etwa der ehemalige Parteichef von Guizhou und Vizepräsident des Nationalen Volkskongresses Cheng Kejie; siehe auch Sven Gareis, Chinas Funktionäre verjubeln Millionen, in: Welt am Sonntag, 07. 10. 2001;
- 24 Vgl. Sven Bernhard Gareis, Chinas Außen- und Sicherheitspolitik, in: Reader Sicherheitspolitik (2) 2003, www.reader-sipo.de

- 25 In seinem Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag jedenfalls hat Jiang Zemin jeglichen derartigen Überlegungen eine Absage erteilt. Die Rede ist zu finden unter: www.china.org.cn/16.NationalPartyCongress.
- 26 Siehe hierzu auch das Kapitel über China und Tibet im Jahresbericht 2003 von Human Rights Watch, www.hrw.org.